

**Rede von
Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer**

am 19. April 2018

anlässlich der

Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung RLP

**Es gilt das gesprochene Wort.
Unkorrigiertes Redemanuskript**

Sehr geehrter Herr Herman-Hartmut Weyel,

sehr geehrte Herren und Damen des Vorstandes der Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz,

sehr geehrte Herren und Damen aus den Vorständen von Seniorenbeiräten, Seniorenvertretungen und Seniorenräten in Rheinland-Pfalz,

ich freue mich, heute hier sein zu dürfen und mit Ihnen über eines der zentralen sozialpolitischen Themen zu sprechen: das Thema „Pflege“. Wenn es um das Thema Pflege geht, dann ist schnell vom „Pflegenotstand“ die Rede, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit. Wie treffend der Begriff ist, darüber könnten wir lange und ausführlich diskutieren, aber Fakt ist: Es gibt einen dringenden Handlungsbedarf in der Pflege.

Unser gemeinsames Ziel ist ein gutes Pflegeangebot. Und wenn ich von guter Pflege spreche, dann habe ich drei Dinge im Blick:

1. Eine qualitativ hochwertige Versorgung der pflegebedürftigen Menschen.

Dazu müssen 2. die Rahmenbedingungen für die Pflegekräfte, die tagtäglich diese wichtige Arbeit leisten, stimmen.

Und 3. wollen wir, dass Betroffene und Angehörige sich gut informiert und unterstützt fühlen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

eine gute Pflege können wir nur erreichen, wenn unsere Pflegekräfte in den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen und den Pflegediensten ihren wichtigen und herausfordernden Job gut und motiviert leisten können. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass die Pflegeberufe noch attraktiver werden, dass neue Fachkräfte für den Pflegeberuf gewonnen werden können und dass die vorhandenen Fachkräfte optimal unterstützt werden.

Ich persönlich bin sehr stolz, dass wir nach der Bundestagswahl und den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene endlich ganz zentrale Weichen für

Es gilt das gesprochene Wort.

bessere Rahmenbedingungen in der Pflege stellen konnten und dabei auch wichtige Impulse aus Rheinland-Pfalz setzen konnten. Denn die rheinland-pfälzische Landesregierung beschäftigt sich mit dem Thema schon seit Jahren.

Deutlich wird das bei der Personalausstattung in der Langzeitpflege: Eine bessere Personalausstattung kommt sowohl den Betreuten als auch den Pflegekräften zugleich zugute. Gleichzeitig beobachten wir, dass viele Träger in der Altenpflege die heute möglichen Personalschlüssel nicht voll ausschöpfen, auch weil sie nicht genügend Fachkräfte finden.

Wir in Rheinland-Pfalz haben daher schon vor 15 Jahren die Fachkräftesicherung zu unserem Schwerpunktthema gemacht. Und u. a. mit der Fachkräfteoffensive ein ganzes Maßnahmenbündel ergriffen, um die prognostizierte Versorgungslücke zu schließen.

- Wir haben die Ausbildungszahlen in allen 3 Pflegefachberufen teils deutlich erhöhen können.
- Wir haben Pflegehelfer und –helferinnen zu Fachkräften bzw. an- und ungelernete Hilfskräfte zu Pflegehelfern nachqualifiziert.
- Und wir haben Vereinbarungen zu Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund und zur Gewinnung von Pflegekräften aus dem Ausland mit guten Erfolgen umgesetzt.

So ist es uns gelungen, die für das Jahr 2015 prognostizierte Fachkräftelücke von fast 5.400 Fachkräften um 65 % zu senken – auf nur noch 1.900. Das war eine großartige Leistung, auf der wir uns aber nicht ausruhen können und auch nicht ausruhen wollen.

Und daher werden wir unsere Fachkräftesicherungsmaßnahmen auch stetig fortsetzen. Derzeit erarbeiten wir mit unseren Partnern eine Vereinbarung unter dem Titel „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0“. Als Handlungsfelder wurden definiert:

- Zukunftsorientierte Formen von Ausbildung, Studium und Weiterbildung in der Pflege,
- Weiterentwicklung und Rahmenbedingungen der Pflegeberufe,

Es gilt das gesprochene Wort.

- Attraktive Beschäftigungsbedingungen in der Pflege,
- Integration ausländischer Pflegekräfte und
- Öffentlichkeitsarbeit.

Außerdem hat sich die Landesregierung intensiv für die generalistische Pflegeausbildung eingesetzt. Nach einem langwierigen Prozess haben wir mit dem Pflegeberufereformgesetz im Sommer 2017 einen großen Schritt zur Modernisierung der Ausbildung getan. Denn wir sichern mit der Reform der Pflegeberufe nicht nur den Fachkräftebedarf, wir kommen auch aus einer Versäulung in der Versorgungsleistung: Altenpflegekräfte kümmern sich zunehmend um mehrfach und chronisch erkrankte Menschen und brauchen hierfür mehr krankenpflegerische Kompetenz. Umgekehrt brauchen Pflegekräfte in Krankenhäusern zunehmend Altenpflegerische Kompetenz, weil die Zahl alter mehrfach erkrankter und dementer Patienten steigt. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Qualität in der Pflege zu erhöhen. Neben der generalistischen Ausbildung werden die Schulgeldfreiheit, neue Anerkennungsregeln und vieles mehr die Fachkräfteausbildung ab 2020 nochmal deutlich verbessern. Wir hoffen, dass der Bund schnell die dafür notwendigen Verordnungen auf den Weg bringen wird.

Es reicht aber nicht aus, mehr Pflegekräfte auszubilden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Pflegekräfte lange gesund und motiviert im Beruf verweilen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Fachkräftesicherungsstrategie ist daher die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir unterstützen die Einrichtungen der Pflege bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in der Schaffung einer demografiefesten Personalpolitik und im Bereich Gesundheitsförderung.

Zwischen 2016 und 2018 haben wir z. B. das Landesprojekt „Führung im Krankenhaus in Rheinland-Pfalz“ durchgeführt. In sieben Krankenhäusern wurden Stations- und Pflegedienstleitungen in der mitarbeiter-orientierten Führung fortgebildet.

Die Ergebnisse des Projekts verdeutlichen, dass die mittlere und untere Managementebene im Krankenhaus da eine Schlüsselfunktion besitzt. Durch dieses Projekt haben sich das Führungsverhalten der Pflegekräfte und die Zufriedenheit mit

Es gilt das gesprochene Wort.

den Arbeitsbedingungen signifikant verbessert. Das kommt auch den zu Pflegenden zu Gute!

Unsere Intention ist es, dass möglichst viele Krankenhäuser das Programm übernehmen und so der derzeit hohen Belastung in der Pflege entgegenwirken. Wir werden das Thema Führung daher auch in der neuen Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative wieder aufgreifen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

eine wichtige Entlastung der Fachkräfte und eine Steigerung der Qualität liegen in einem besseren Personalschlüssel. Für den Krankenhausbereich gibt es einen Beschluss zur Festlegung von Personaluntergrenzen. Die Selbstverwaltung ist aufgefordert, verbindliche Personaluntergrenzen für die Pflege in pflegeintensiven Bereichen festzulegen. Dazu zählen beispielsweise Intensivstationen sowie die Besetzung von Nachtdiensten.

Und damit bin ich wieder bei der Koalitionsvereinbarung von Union und SPD. Sie bekennt sich ausdrücklich zu der Notwendigkeit einer Ausweitung auf alle Abteilungen stationärer Behandlung.

Das ist ein großer Schritt. Konkret sollen Personaluntergrenzen auf alle bettenführenden Bereiche ausgedehnt werden. Rheinland-Pfalz setzt sich politisch für diese Mindeststandards ein und ebenso für ihre volle und dauerhafte Refinanzierung. Das System muss auch wirksam sein und dies kann es nur sein, wenn es dauerhaft auskömmlich finanziert wird. Damit verfolgt Rheinland-Pfalz weiterhin die seit Jahren vertretene Politik für eine faire Krankenhausfinanzierung.

Neben der Entlastung der Pflegekräfte durch zusätzliches Personal ist auch eine bessere und einheitlichere Bezahlung ein wesentlicher Baustein, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten. Deshalb begrüße ich die Vereinbarung im Koalitionsvertrag des Bundes zu flächendeckenden Tarifverträgen in der Altenpflege zu kommen. Dies war eine langjährige Forderung aus Rheinland-Pfalz und ich freue mich, dass diese nun in die Umsetzung geht.

Es gilt das gesprochene Wort.

Für die Qualität in der Pflege ist es wichtig, dass wir eine ausreichende Dokumentation und Kontrolle der Pflege haben. Dies ist eine Aufgabe, die die Pflegekräfte zusätzlich zur eigentlichen Pflegeleistung erbringen müssen. Und Bürokratie darf dabei nicht zur Belastung werden. Rheinland-Pfalz hat bereits vor über 10 Jahren im Rahmen der Initiative „Menschen Pflegen“ eine Arbeitsgruppe aller maßgeblichen Partner in der Pflege eingerichtet, die bürokratische Vorschriften kritisch hinterfragte und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Pflegedokumentation legte. In dem Projekt wurden Musterdokumentationen für die ambulante und stationäre Pflege erarbeitet und fortentwickelt, die positive Wirkung entfaltet hatten.

Den Vorstoß auf Bundesebene zur Entwicklung des neuen Strukturmodells zur entbürokratisierten Pflegedokumentation habe ich daher sehr begrüßt. Die Initiative ist zu einer großen Aktion geworden, in der die Politik, die Einrichtungs- und Kostenträger auf Bundes- und Landesebene gemeinsam mit den Prüfinstanzen erfolgreich an dem Ziel der Neuausrichtung der Pflegedokumentation zusammengearbeitet haben. Denn allen war klar, dass es so nicht weitergehen konnte.

Die Pflegekräfte dürfen durch einen zu hohen bürokratischen Aufwand nicht von ihrer eigentlichen Pflegearbeit abgehalten werden. Ich bin davon überzeugt: Qualitätssicherung und schlanke Verfahren stehen nicht im Widerspruch!

Gute Pflege braucht aber nicht nur motivierte Fachkräfte und Qualitätskontrollen. Wir brauchen auch eine gute Fehlerkultur, in der wir es ermöglichen, Beschwerden und Hinweise ohne große Hürden loszuwerden. Zur Unterstützung einer guten Pflege und Betreuung von hilfebedürftigen Menschen hat das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung daher mit dem Qualitäts- und Beschwerdetelefon im letzten Jahr ein zusätzliches Angebot geschaffen. Bürger und Bürgerinnen haben hier eine Anlaufstelle, bei der sie – auf Wunsch auch anonym – Beschwerden und Kritik ebenso wie Lob äußern, Hinweise geben und Fragen stellen können. Darüber hinaus fördert das Land seit dem Jahr 2010 bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz das Informations- und Beschwerdetelefon Pflege und Wohnen in Einrichtungen.

Es gilt das gesprochene Wort.

Dorthin können sich Bewohner und Bewohnerinnen von Einrichtungen, ihre Angehörigen sowie Betreuer und Betreuerinnen, aber auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Einrichtungen wenden, wenn sie Fragen und Probleme in oder mit Pflegeeinrichtungen haben. Mit diesen Angeboten wird ein wichtiger Beitrag zur stetigen Verbesserung in der Qualität der Pflege geleistet.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

Gute Pflege braucht Vertrauen. Betroffene und ihre Angehörigen wollen sich gut informiert und unterstützt fühlen. Denn natürlich ist eine Pflegesituation für sie alle immer eine Ausnahmesituation, mit der man erstmal einen Umgang finden muss. Unsere 135 Pflegestützpunkte sind daher wichtige Anlaufstellen, mit denen Rheinland-Pfalz bundesweit die dichteste und wohnortnächste Struktur aufweist.

Wir können flächendeckend und wohnortnah kompetente Beratung und Unterstützung anbieten. Damit haben wir viel erreicht und sind in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein, denn diese gute Versorgung wurde nur durch die innovative und beharrliche Arbeit Vieler geschafft. Auch die Weiterentwicklung der Beratungs- und Koordinierungsarbeit in Pflegestützpunkten ist ein Prozess, der fort dauert und sich immer weiter entwickelt.

Ein weiteres Problemfeld ist die Unsicherheit, in welchem Maße die Leistungen der Pflegeversicherung mit steigenden Pflegekosten Schritt halten. Eine zusätzliche Belastung der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen sollte unbedingt vermieden werden, denn Bewohner und Bewohnerinnen von Pflegeeinrichtungen haben bereits jetzt allein bei den Pflegekosten erhebliche Eigenanteile zu tragen; eine Studie geht von monatlich knapp 670 Euro im Durchschnitt aus.

Wir benötigen also eine wirklich verlässliche Regelung, die Handlungssicherheit bietet, dass steigende Pflegekosten von der Pflegeversicherung auch tatsächlich aufgefangen werden. Dazu gibt es eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag.

Unser Ansatz in Rheinland-Pfalz ist, den Menschen zu ermöglichen, möglichst selbstbestimmt zu leben. Dafür braucht es eine gute Beratungsstruktur, dafür braucht

Es gilt das gesprochene Wort.

es aber auch alternative Wohnformen und individuelle Unterstützungsleistungen. Und hier legt die Landesregierung einen weiteren Schwerpunkt. Die Menschen wollen dort wohnen und leben können, wo ihre Nachbarn, Freunde oder Verwandten sind, wo sie sich gut und sicher fühlen und ein vertrautes Wohnumfeld haben.

Dafür müssen mehr barrierefreie Wohn- und Versorgungskonzepte mit einer Mischung aus professionellen und bürgerschaftlichen Unterstützungsangeboten in den Quartieren und Dörfern geschaffen werden.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

abschließend möchte ich noch ein Projekt ansprechen, das auch dazu beitragen soll, dass die Menschen möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld leben können, und das mir persönlich sehr am Herzen liegt: die Gemeindeschwester^{plus}.

Mit dem Angebot fördert das Land Rhein-land-Pfalz konkrete präventive und gesundheitsfördernde Beratung für hochbetagte Menschen, die noch keine Pflege brauchen. Es sind in der Regel Menschen über 80 Jahre, die in ihrer aktuellen Lebenssituation den ein oder anderen Unterstützungsbedarf haben, gerne auf entsprechende Beratung zurückgreifen oder einfach nur das Gespräch suchen, um ihre Sorgen und Nöte mitzuteilen.

Damit schaffen wir in Rheinland-Pfalz unter dem Aspekt des Kümmerns eine zentrale Voraussetzung, um im Vorfeld der Pflege durch gezielte Interventionen Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder hinauszuzögern und um rechtzeitig über das umfassende Beratungs- und Versorgungssystem bei Pflegebedarf zu informieren. Besonders gut wird das Angebot dort angenommen, wo Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragte sich ebenfalls für die Belange älterer Menschen einsetzen.

Ganz besonders freue ich mich darüber, dass der präventive Hausbesuch in den Koalitionsvertrag des Bundes aufgenommen wurde, denn dahinter steht unser rheinland-pfälzisches Modellprojekt.

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir haben mit diesem Ansatz des „Kümmerns“ sehr gute Erfahrungen gemacht. Das zeigen auch die Rückmeldungen aus der praktischen Arbeit der Gemeindeschwestern^{plus} vor Ort. Jetzt steht noch der wissenschaftliche Evaluationsbericht aus. Wir gehen davon aus, dass wir diesen schon im Mai vorstellen können.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

zukunftsfeste Pflegestrukturen können wir nur gewährleisten, wenn wirklich alle dazu ihren Beitrag leisten. Denn Pflege ist ein sehr vielschichtiges und komplexes Thema. Gefragt sind die Bundespolitik, die Landespolitik, die Kommunen, die Selbstverwaltung aus Kranken- und Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und Verbänden, die Arbeitgeber und die Pflegekräfte, jeweils in den ganz unterschiedlichen Rollen. Auch Sie aus den Seniorenbeiräten vor Ort leisten einen ganz entscheidenden Beitrag dazu. Und dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich danken.

Das Thema Pflege ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Und die hilfebedürftigen Menschen haben einen Anspruch darauf, dass die Gesellschaft alles daran setzt, um auch ihnen ein gutes Leben zu ermöglichen. Und die Menschen, die tagtäglich schwer dafür arbeiten, dass dies möglich wird, haben unser aller Respekt und Unterstützung verdient. Ich bin mehr denn je guten Mutes, dass die Bedeutung des Themas und der Handlungsbedarf mittlerweile auf allen Ebenen gesehen und jetzt die richtigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Pflege in Deutschland und in Rheinland-Pfalz einen großen Schritt voranzubringen.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.